



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Außenpolitik	6
4.	Türkische Zyprioten	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklungen	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	9

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -
www.facebook.com/FEScyprus
www.fescyprus.org

1. Das Zypernproblem

Im Januar wurden die Bemühungen zur Wiederaufnahme der stockenden Verhandlungen fortgesetzt. Die Situation schien zu Monatsanfang günstig, nachdem die von der Türkei ausgestellte Navtex-Meldung am 30. Dezember 2014 abgelaufen und noch keine neue Meldung ausgestellt worden war. Beide Seiten sahen sich jedoch nicht in der Lage, auf die Forderungen der Gegenseite einzugehen und somit den Stillstand zu beenden. In diesem Zusammenhang rief der Bericht des UN-Generalsekretärs über den UN-Einsatz in Zypern auf Seiten der griechischen Zyprioten verärgerte Reaktionen hervor.

Zu Beginn des Monats veröffentlichte Präsident Anastasiades eine Erklärung, in welcher er darauf bestand, nicht an den Verhandlungstisch zurückzukehren, so lange die Türkei weiterhin die Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns verletze. Mit diesem Schritt verlangte Anastasiades in diesem Punkt indirekt eine verbindliche Garantie von der Türkei. Erstmals machte der Präsident Zugeständnisse in der Gasfrage. Demnach könnte dieser Punkt in die Schlussphase der Verhandlungen aufgenommen werden, jedoch erst, nachdem die Territorialaspekte einer Lösung geklärt vorgenommen worden seien. Dieser Schritt wurde von der Opposition mit Ausnahme der AKEL und der DISY als großes Zugeständnis gewertet. Im Gegenzug verlangte Anastasiades, dass die Türkei keine neue Navtex-Meldung ausstellen und das Erkundungsschiff ‚Barbaros‘, das bei Famagusta vor Anker lag, aus Zyperns exklusiver Wirtschaftszone abziehen solle.

Das Zugeständnis der griechischen Zyprioten ging auf die Forderungen der Türkei in Bezug auf die Einbeziehung der Gasfrage bei den Verhandlungen ein. Eine weitere Forderung der Türkei, nämlich die Unterbrechung aller Bohraktivitäten, lehnten die griechischen Zyprioten jedoch ab. Als Reaktion darauf gab die Türkei eine neue Navtex-Meldung für den Zeitraum vom 6. Januar bis zum 6. April heraus. Die ‚Barbaros‘ setzte ihre Erkundungsarbeiten jedoch nicht fort.

Nach Aussagen des türkisch-zypriotischen Außenministers, Özdil Nami, sei die ‚Barbaros‘ als Zeichen des guten Willens nicht ausgelaufen. Die Aktivitäten könnten jedoch im Laufe der kommenden Tage wieder aufgenommen werden, sollte die griechisch-zypriotische Seite ihren aggressiven Standpunkt beibehalten. Um die Entschlossenheit der Türkei in diesem Punkt zu demonstrieren, informierte der türkischen Tageszeitung ‚Sabah‘ zufolge der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan den nationalen Sicherheitsrat, dass der Kauf oder Bau einer eigenen Bohrplattform in Planung sei. Damit sollen die Interessen der Türkei im östlichen Mittelmeer mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geschützt werden.

Enttäuscht reagiert die Regierung auf den Inhalt des vom UN-Generalsekretär verfassten Berichtes über die Aktivitäten der Vereinten Nationen vom 21. Juni bis zum 15. Dezember 2014 in Zypern. Der Bericht nahm keinen Bezug auf das türkische Vorgehen in Zyperns exklusiver Wirtschaftszone und hob stattdessen die Isolation der türkischen Zyprioten hervor. Da dieser Punkt schon seit einigen Jahren nicht mehr in

den Berichten aufgetaucht war, wurde dies von der griechisch-zypriotischen Seite als eine indirekte Aufforderung an den Präsidenten gewertet, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Daraufhin beschuldigte Präsident Anastasiades in einem am 15. Januar landesweit ausgestrahlten Interview den Generalsekretär der ‚unverhüllten Erpressung‘ und die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft ‚ihn getäuscht‘ zu haben. Dem amerikanischen Botschafter John Koenig warf er ‚Feindseligkeit‘ vor. In diesem Zusammenhang erwähnte der Präsident, dass er im Oktober 2014 Zusicherungen von Seiten der internationalen Gemeinschaft erhalten habe, wonach die Türkei eine konstruktive Haltung in Bezug auf das Handelsembargo gegen Schiffe unter zypriotischer Flagge angedeutet habe als Gegenleistung dafür, dass die Gasfrage Bestandteil der Verhandlungen werde.

Insgesamt wurde der Bericht des UN-Generalsekretärs von allen griechisch-zypriotischen Parteien negativ bewertet, während die türkisch-zypriotische Seite auch nicht erfreut war. Das Außenministerium der ‚TRNZ‘¹ veröffent-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages)

lichte eine Erklärung, in welcher die Tatsache bemängelt wird, dass kein Bezug auf die türkischen Zyprioten als gleichwertige Rechtsinhaber des vor Zypern gefundenen Gases gemacht worden sei.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen verabschiedete am 29. Januar der UN-Sicherheitsrat Resolution Nr. 2197 zur Verlängerung des Mandats der UN-Friedenstruppe auf Zypern (UNFICYP) bis Ende Juli 2015. In der Resolution wurde kein Bezug auf die Isolation der türkischen Zyprioten genommen. Stattdessen wurde die Existenz eines konstruktiven Klimas als Voraussetzung zur Wiederaufnahme der Gespräche betont.

Die griechisch-zypriotische Tageszeitung ‚Phileleftheros‘ berichtete, dass die im Norden agierende Kommission für unbewegliches Vermögen (Immovable Property Commission – IPC) bis dato Kompensationszahlungen von insgesamt 240 Millionen Euro an griechische Zyprioten für deren Vermögen im Norden vorgenommen habe. Dies entspricht 619 Anträgen, die bis jetzt geprüft und genehmigt worden sind. Es handelt sich um 12 Millionen Quadratmeter Land, die davon betroffen sind. Insgesamt wurden 6091 Anträge gestellt. Die genehmigten Anträge beziehen sich auf 10% der an die Kommission gestellten Forderungen. 80% der Anträge, d.h. 4864, wurden der Kommission zwischen 2011 und 2013 vorgelegt. Die große Anzahl der von den griechischen Zyprioten gestellten Anträge kann als eine Folge der wirtschaftlichen Krise und auch als ein Anzeichen für die öffentliche Meinung im Hinblick auf eine Lösung gewertet werden. Die IPC wurde

2006 eingesetzt und ist ein innerstaatlicher Rechtsbehelf für griechische Zyprioten mit Vermögen im Norden, das Tausch, Restitution und Kompensation beinhaltet.

Derweil hat der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu während eines offiziellen Besuches in Kuwait betont, dass der Beobachterstatus des türkisch-zypriotischen Staates bei der Organisation für Islamische Zusammenarbeit weiterhin bestehen bleiben müsse.

Türkisch- und griechisch-zypriotische Parteien kamen im Rahmen der routinemäßigen Treffen im Ledra Palace Hotel zusammen. Die Parteien besprachen die Zusammenarbeit zwischen der türkisch-zypriotischen Handelskammer (KTTO) und der Zypriotischen Handels- und Industriekammer (KEVE) im Süden. Das Treffen fand unter der Leitung des slowakischen Botschafters und unter Teilnahme der Präsidenten beider Kammern, Fikri Toros und Phidias Pilides statt.

Das türkisch-zypriotische Mitglied der Komitees für vermisste Personen (CMP), Gulden Plumer Kucuk, teilte mit, dass die Chancen, die sterblichen Überreste vermisster Personen zu finden von 43% im Jahr 2006 auf 17% im Jahr 2015 gesunken seien. Die Gründe dafür seien einerseits, dass die meisten Grabfelder geöffnet worden seien und dass andererseits Zeugen, die Informationen über mögliche Grabfelder haben, verstorben seien. Kucuk betonte, dass die Identität der Informanten nicht bekannt gegeben werde und forderte mit Nachdruck, dass sich jeder, der im Besitz möglicher Informationen sei, an die CMP-Mitarbeiter wenden solle,

bevor es zu spät sei. Ausgrabungen und Exhumierungen dieser Art würden Kucuk zufolge auch in anderen Ländern durchgeführt. Zypern sei jedoch das einzige Beispiel, bei dem diese Arbeiten noch vor der Beendigung eines Konflikts durchgeführt würden.

Die Journalistin Sevgul Uludag und der Dichter Michalis Christofides erhielten gemeinsam den Europäischen Bürgerpreis 2014. Uludag, die mit ihren Artikeln und ihren Recherchearbeiten dazu beitrug, eine Reihe von Grabstätten von vermissten Personen ausfindig zu machen, sagte, dass sie den Preis im Namen aller vermissten Personen in Zypern und all jener griechischen und türkischen Zyprioten entgegennehme, die dabei halfen, an wertvolle Informationen zu gelangen. Christofides, der sich in seinen Gedichten für die friedliche Koexistenz beider Bevölkerungsgruppen einsetzt, sagte, dass es schwierig sei, sich in seinem eigenen Land wie ein Bürger zu verhalten. Es sei in diesen dunklen Zeiten mühsam, die religiöse und sprachliche Vielfalt seiner Mitbürger zu unterstützen. Der Europäische Bürgerpreis wurde 2008 ins Leben gerufen und wird jährlich für außergewöhnliche Leistungen an Bürger, Gruppen oder Organisationen vergeben, die ein besonderes Engagement bei der Förderung von gegenseitigem Verständnis und Integration innerhalb der EU an den Tag legen.

2. Gasvorkommen

Am 21. Januar gab die Regierung bekannt, dass das französische Energieunternehmen Total

keine vielversprechenden geologischen Strukturen für Vorkommen in den Blöcken 10 und 11 gefunden habe, welche die Aufnahme von Bohraktivitäten rechtfertigten. Demnach sei es sehr wahrscheinlich, dass Total seine Aktivitäten in Zypern einstellen werde. Das Unternehmen hatte die Regierung bereits im September 2014 über seine Absichten informiert. Nach einer Reihe von Gesprächen mit dem Unternehmen konnte die Regierung Total davon überzeugen, die Entscheidung noch einmal zu überdenken und einen Abzug zu verschieben. Nach Angaben des Energieministers Giorgos Lakkotrypis erlaubt ein gesetzliches Schlupfloch, dass das Erkundungsprogramm von Total im Block 11 bis zum 16. Februar 2016 verlängert werden kann. Ein Änderungsentwurf des bestehenden Vertrages mit Total wird derzeit formuliert und soll demnächst unterschriftsreif sein. Für die zypriotische Regierung war es von größter Wichtigkeit, dass Total seine Aktivitäten nicht einstellt, da DIKO behauptet hatte, dass der Abzug von Total mit dem Eindringen der Türkei in Zyperns exklusiver Wirtschaftszone zusammenhänge. Außerdem hätte der Weggang des Energieunternehmens nicht dazu beigetragen, das von der Regierung angestrebte internationale Profil Zyperns als Energieumschlagplatz zu festigen. Im Gegenteil, ein Ausstieg von Total wäre als ein weiterer Rückschlag gewertet worden, nachdem die Ergebnisse im Onasagoras-Feld in Block 9 bislang enttäuschend ausgefallen waren, da keine wirtschaftlich nutzbaren Gasvorräte gefunden wurden.

Am 28. Januar begannen die Gespräche zwischen dem Energieministerium und der amerikanischen Firma Noble Energy um eine

Vereinbarung über einen Entwicklungsplan und die wirtschaftliche Ausbeute des sich vor Zyperns Küste befindenden Aphrodite-Feldes zu erzielen. Noble und die zypriotische Regierung haben die regionalen Märkte für die Monetisierung der Gasvorräte aus Block 12 im Auge, wobei Ägypten und Jordanien als mögliche Absatzmärkte in Frage kommen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 27. Januar kam eine technische Mission der Troika² nach Zypern, um die Implementierung von Zyperns Finanzhilfeprogramm zu überprüfen. Es handelt sich dabei nicht um eine vollständige Überprüfung, da Zypern gegen einige Punkte des Programms verstößt. Am 18. Dezember 2014 hatte das Parlament die Implementierung eines Gesetzes zur Zwangsversteigerung von mit Hypothekenzinsen belastetem Eigentum bis Januar 2015 verschoben, damit es gemeinsam mit dem Insolvenzrahmen verabschiedet werden kann.

Nach einer hitzigen Debatte im Parlament verschob die Opposition am 29. Januar die Einführung des Zwangsvollstreckungsgesetzes zum zweiten Mal, da die Regierung die Entwürfe für die insgesamt fünf Insolvenzgesetze und ein Gesetz zur Regulierung von Konkursverfahren verspätet vorgelegt hatte. Ein Gesetz, welches

² Die Troika besteht aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank.

das Zwangsvollstreckungsgesetz bis zum 2. März blockiert, wurde mit den Stimmen von 27 Abgeordneten aus der EDEK, DIKO, AKEL und den Grünen verabschiedet. Die Einführung des Zwangsvollstreckungsgesetzes ist eine wichtige Bedingung, die während der fünften Überprüfung im Juli 2014 aufgestellt wurde. Daher kann keine vollständige Überprüfung des Programms vorgenommen werden, solange nicht alle Punkte eingehalten werden. Eine weitere Verschiebung des Zwangsvollstreckungsgesetzes wirkt sich nicht nur negativ auf die Glaubwürdigkeit Zyperns im Hinblick auf internationale Kreditgeber aus, sondern auch auf die Zahlungen der Troika an die Regierung.

In der Zwischenzeit kündigte die Europäische Zentralbank am 22. Januar ein Ankaufprogramm für Staatsanleihen in einem Umfang von 1,1 Billionen Euro von März bis September 2015 an. Damit soll verhindert werden, dass die Eurozone in eine Deflationsspirale fällt. Der Kauf von zypriotischen Staatsanleihen wird voraussichtlich bei ca. 130 Millionen Euro pro Monat liegen. Um jedoch Teil des Ankaufprogramms zu sein, muss Zypern eine positive Evaluierung durch die Troika und die internationalen Gläubiger erhalten. Solange also Zypern die Verabschiedung des Zwangsvollstreckungsgesetzes hinauszögert, wird es keine dieser Bedingungen erfüllen.

Währenddessen wurden die Einschränkungen im Kapitalverkehr weiter gelockert. Als Gründe für diese Maßnahme wurden die weitere Stabilisierung des Bankensektors und eine Wiederherstellung des Vertrauens bei Anlegern und Gläubigern genannt. Teil der Lockerungen

ist die Aufhebung der Höchstgrenze von zwei Millionen Euro bei internationalen Geschäftstransaktionen. Zusätzlich können Kontoinhaber bis zu 20.000 Euro pro Monat ins Ausland von jeder beliebigen Bank für jeden beliebigen Verwendungszweck überweisen statt wie bisher nur 10.000 Euro. Individualreisende können bis zu 10.000 Euro statt wie bisher 6.000 Euro auf jeder Reise ins Ausland mitnehmen.

Eurostat zufolge ging in Zypern die Zahl der Arbeitslosen zwischen November 2014 und Dezember 2014 von 16,6% auf 16,4% zurück.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 13. Januar trat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei EDEK, Yiannakis Omirou, überraschend von seinem Amt zurück, das er seit 2001 innehatte. Es wird vermutet, dass innerparteiliche Grabenkämpfe und Unstimmigkeiten ausschlaggebend für Omirous Entscheidung waren. Die beiden Abgeordneten Marinos Sizopoulos und Girogos Varnava scheinen die aussichtsreichsten Kandidaten im Rennen um den Parteivorsitz zu sein. Die EDEK wurde 1959 von Vasos Lyssarides als eine sozialistische Partei gegründet, die sich jedoch im Laufe der Zeit zu einer sozialdemokratischen Partei entwickelte.

Außenpolitik

Nach Angaben des russischen Botschafters in Zypern, Stanislav Osadchiv, ist Russland an der Nutzung des Militärflughafens ‚Andreas Papan-dreou‘ in Pafos für humanitäre Einsätze und Notfallsituationen interessiert. Momentan lau-

fen die Verhandlungen über die Nutzungsbedingungen mit dem Außenministerium. Es wird erwartet, dass die Vereinbarung während des Besuchs von Präsident Anastasiades in Moskau am 25. Februar unterzeichnet wird.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Mitglieder der Viehzüchtergenossenschaft legten im Zentrum Nikosias den Verkehr für drei Tage durch die Sperrung aller wichtigen Straßen mit ihren Traktoren lahm, bevor am 7. Januar eine Einigung mit der Regierung getroffen werden konnte. Die Forderungen beinhalteten u.a. die Zahlung überfälliger Milchsubventionen, mehr Teilhabe an der Landwirtschaftspolitik sowie die Umstrukturierung des Milchsektors. Als der Premierminister Özkan Yorgancıoğlu am Ende des dreitägigen Streiks eine Einigung bekannt gab, betonte er, wie wichtig es sei, eine umfassende und dauerhafte Lösung für die Probleme des Milchsektors zu finden. Der Vorsitzende der Viehzüchtergenossenschaft warnte nach Beendigung des Streiks, dass weitere und bei weitem drastischere Streikmaßnahmen folgen würden, sollten die Probleme nicht gelöst werden.

Derweil entbrannte eine weitere Auseinandersetzung zwischen der Regierung und dem Verband der türkisch-zypriotischen Bauindustrie über die Restaurierung der sich im Besitz der Evkaf (Religiöse Stiftung der muslimischen Zyprioten) befindenden Gebäude. Der Verband

kritisierte das mit der Türkei vereinbarte Abkommen, wonach öffentliche Ausschreibungen in Ankara und nicht in Nikosia vorgenommen werden sollen.

Dem jährlichen Bericht des Ministeriums für Arbeit und Soziales zufolge wurden im letzten Jahr bis Oktober 42.858 Arbeitsgenehmigungen erteilt. Davon wurden 14.529 zum ersten Mal ausgestellt, während 356 Genehmigungen an Studenten vergeben wurden. Zusätzlich wurden 465 Genehmigungen für Unternehmensgründungen ausgestellt, wovon 140 neu waren. Nach Angaben des staatlichen Planungsbüros waren 2014 103.297 Menschen beschäftigt, während die Arbeitslosenquote bei 9,6% lag.

Den Angaben der türkisch-zypriotischen Handelskammer zufolge nahm der Handel im Rahmen der Regulierung der Grünen Linie zwischen beiden Bevölkerungsgruppen für das Jahr 2014 weiterhin ab. Demzufolge lag der Wert der verkauften türkisch-zypriotischen Produkte bei 3.063.923 Euro. Dies ist der niedrigste Wert seit 2005. Das jährliche Handelsvolumen vom Norden in den Süden nach Öffnung der Grünen Linie 2004 ist wie folgt:

2004	- €470.821,11
2005	- €1.673.459,57
2006	- €3.228.342,97
2007	- €4.125.547,85
2008	- €7.172.115,72
2009	- €6.006.347,89
2010	- €5.909.238,15
2011	- €5.304.725,15
2012	- €4.195.321,18
2013	- €3.928.589,61

Im Hinblick auf das Wassertransferprojekt zwischen der Türkei und dem Norden Zyperns gab der türkische Minister für Forst- und Wasserwirtschaft, Veysel Eroglu, bekannt, dass die sich an Land befindlichen Anlagen in der Türkei fertiggestellt worden seien und dass noch 55km der insgesamt 80km langen Unterwasserpipeline verlegt werden müssten. Der Minister betonte, dass dies das erste Projekt seiner Art weltweit sei und dass die Pipeline zwischen der Türkei und Zypern in einer Tiefe von 250m verlaufen werde. Eroglu fügte hinzu, dass das Projekt auch Wasseraufbereitungsanlagen und ein Verteilernetzwerk beinhalten werde. Die Kosten belaufen sich auf 1,255 Milliarden TL (451 Millionen Euro). Nach mehreren Verzögerungen soll das Projekt am 20. Juli diesen Jahres fertiggestellt werden. Es gibt jedoch auch kritische Stimmen, die vor allem die Kosten für die Umwelt im Süden der Türkei im Zusammenhang mit dem dortigen Reservoir hervorheben. Außerdem kritisieren die betroffenen Stadtverwaltungen im Norden die Tatsache, dass sie nicht hinzugezogen worden seien. Vor allem der Bürgermeister von Nicosia, Mehmet Harmanci, hob hervor, dass die Stadtverwaltung bereits Investitionen in Höhe von 7,5 Millionen Euro vorgenommen habe, die teilweise von der EU, der Türkei und der Stadtverwaltung finanziert worden seien, um damit eine Wasseraufbereitungsanlage zu bauen. Zudem hat die Vereinigung türkisch-zypriotischer Biologen darauf hingewiesen, dass es im Norden keine Wasserpolitik gebe und das Projekt ein irreversibler Eingriff sei.

Nach Angaben des Vorsitzenden des türkisch-zypriotischen Hotelier-Verbandes Huseyin Aktig

mussten 22, meist kleine Hotels im Norden der Insel aufgrund finanzieller Probleme und einer fehlgeleiteten Politik der Entwicklungsbank schließen. Aktig zufolge liegen die Gründe dafür bei einer fehlerhaften Strategie im Tourismusbereich im Norden Zyperns. Er fügte hinzu, dass die Anreizpolitik falsch angewendet werde. Die betroffenen Hotels waren ein- bis vier-Sterne Hotels.

Innenpolitische Entwicklungen

Die Wahlen für den türkisch-zypriotischen Präsidenten wurden für den 19. April festgesetzt. Der obersten Wahlbehörde zufolge soll der Wahlkampf offiziell am 24. März beginnen, während die Frist für die Nominierung der Kandidaten am 13. März abläuft. Für das Präsidentenamt kandidieren bislang der derzeitige Amtsinhaber Derwisch Eroglu, die Parlamentssprecherin Sibel Siber, der ehemalige Bürgermeister von Nicosia und ehemalige stellvertretende Premierminister, Mustafa Akinci, der ehemalige Verhandlungsführer Kudret Ozersay und Mustafa Onurer von der Sozialistischen Partei Zyperns.

In einer Meinungsumfrage, welche nach den politischen Tendenzen der türkischen Zyprioten im Hinblick auf das Zypernproblem und ein mögliches Lösungsmodell forschte, distanzierten sich die meisten von einer auf dem Annan-Plan basierenden Lösung, nachdem der Plan von den griechischen Zyprioten 2004 abgelehnt worden war. Auf die Frage, wie sie im Falle einer Lösung wählen würden, die dem Annan-Plan ähnelt, sagten 42,7% sie würden für solche eine Lösung stimmen, während 57,3% dagegen

wären. Darüber hinaus unterstützen der Umfrage zufolge 62,7% eine bizonale, bikommunale Lösung, wie sie von der UN beschrieben wird, während 60,1% nicht glauben, dass solche eine Lösung gefunden werden kann. Die Umfrage wurde im Dezember 2014 von dem Soziologen Kudret Akay durchgeführt.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Februar

Freitag 27.2. und Samstag 28.2. 2015

CAD / FES

Konferenz

Turkey and Cyprus Regional Peace & Stability

USA, Ankara, Türkei

Nicht öffentliche Veranstaltung



März 2015

Freitag 27.3. und Samstag 28.3. 2015

UNIC / FES

Konferenz

**60th ANNIVERSARY CONFERENCE ON THE
HISTORICAL PERIOD OF THE EOKA STRUGGLE IN
CYPRUS (1955-1959)**

University of Nicosia, Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis
Charalambous, Sophia Papastavrou und Ute
Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com